

Abg. Krupp erfragte, wie zurzeit die Leitung des Amtes 57 geregelt sei und bat um Mitteilung, wie die Nachfrage nach Erziehungsberatung bzw. Schulpsychologischer Beratung sich aktuell entwickelt habe.

Der Landrat teilte mit, dass er bezüglich der aktuellen Entwicklung keine Aussage treffen könne. Entsprechende Unterlagen würden der Niederschrift beigelegt.

(Anmerkung der Verwaltung: Erziehungsberatung 2006: 2.500 Beratungsfälle insgesamt, davon 1.700 Neuaufnahmen; Schulpsychologischer Dienst 2006: 1.800 Fälle insgesamt, davon 1292 Neuanmeldungen).

Die Leitung des Amtes 57 werde derzeit kommissarisch vom Dezernenten wahrgenommen. Eine Nachbesetzung sei zeitnah nicht vorgesehen, es müsse die Entwicklung in der Erziehungsberatung, aufgrund des Weggangs weiterer Jugendämter (Rheinbach, Königswinter und Bad Honnef), abgewartet werden.

Abg. Pagels fragte nach, ob aufgrund der Veränderungen im Bereich der Jugendämter eine Neustrukturierung vorgesehen sei.

Der Landrat antwortete, dass man dies noch nicht genau wisse. Dies hänge davon ab, wie viel Personal von den Kommunen übernommen werde. Wünschenswert sei natürlich, dass das gesamte Personal übernommen werde, hierzu könne jedoch niemand gezwungen werden, da die Übernahme auf freiwilliger Basis erfolge. Demnach müsse damit gerechnet werden, dass Anfang nächsten Jahres Personalüberhänge vorhanden sind. Diese werden das Personalbudget des allgemeinen Haushaltes belasten. Einkalkuliert werden müsse auch, dass ein Teil der Aufgaben der Versorgungsverwaltung auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen würden, und zwar die Bereiche Elterngeld und das Schwerbehindertenrecht. Der Bereich Opferentschädigungsrecht gehe zu den Landschaftsverbänden.

Auf eine Nachfrage hin, teilte der Landrat mit, dass nach den Vorstellungen des Landes NRW die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal übertragen werden sollen.

Abg. Pagels regte an, ob man bereits vor Erhalt des Haushaltes im Personalausschuss die Möglichkeit bekommen könne, die Problematik zu diskutieren.

Der Landrat sagte, dass auf jeden Fall über die Entwicklung berichtet werde.

Abg. Pagels teilte mit, dass er einerseits gehört habe, dass die Schulaufsicht für Gymnasien vom Regierungspräsidenten auf die Kreisebene übertragen werden soll, andererseits habe er gehört, dass die Schulaufsicht für Hauptschulen zum Regierungspräsidenten gehe. Er erfragte, ob hier schon eine Tendenz ersichtlich sei.

Der Landrat antwortete, dass bisher noch nicht absehbar sei, womit man rechnen könne.

Weitere Mitteilungen und Anfragen für den öffentlichen Teil lagen nicht vor.